

Sorge über wachsende Armut in der Region

Dekanatssynode berät soziale Lage und Kirchenverfassung

GIESSEN (rso/epd). Die Synode des Evangelischen Dekanats Gießen ist besorgt über die wachsende Zahl armer Menschen in der Region. Die rund 100 Kirchenvertreter appellierten in ihrer Sitzung an Verantwortliche aus Politik und Kirche, die Frage sozialer Gerechtigkeit zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen. Diese Menschen seien durch „Fehlentwicklungen unserer Gesellschaft in ihrem Leben beeinträchtigt, so dass ihnen und ihren Kindern die Möglichkeit zu einem eigenständigen und selbst gestalteten Leben mit Perspektiven für die Zukunft verwehrt bleibt“, heißt es in einer Pressemitteilung der evangelischen Öffentlichkeitsarbeit.

Die Lösung sozialer Probleme dürfe nicht den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt überlassen werden, heißt es in dem verabschiedeten Wort zu „Armut – ihre Ursachen und Herausforderungen“. Der Synode war zuvor von Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werkes, berichtet worden, dass in Beratungsstellen Menschen um Hilfe bäten, weil sie nicht mehr wüssten, wie sie sich und ihre Familien ernähren oder wie sie die Kosten für Strom und Heizung aufbringen könnten.

Als Ursachen für Armut nennt die Synode zu geringe „Einkommen, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung nicht ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten und Regelsätze für Sozialleistungen oder Arbeitslosengeld II, die den steigenden Lebenshaltungskosten nicht genügend angepasst werden“. Ursache für soziale Not sei auch

„eine Politik, die Menschen zunehmend als Kostenfaktoren wahrnimmt, statt als gleichwertige Glieder einer sozialen Gemeinschaft“. Als „Verpflichtung“ für Kirchengemeinden, die Evangelische Kirche und für die Verantwortlichen in der Politik und der Gesellschaft haben die Synodalen genannt, „sich darum zu kümmern, dass jeder Mensch mit voller Erwerbstätigkeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann und Kinder und Jugendliche mit all ihren Entwicklungsperspektiven wahrgenommen und gefördert werden“.

Bereits bestehende soziale Einrichtungen, die sich um die Bedürfnisse in Not geratener Menschen kümmern, sollen unterstützt und gefördert werden. Dazu zählten unter anderem Generationenhäuser, Kindertagesstätten, die Jugendwerkstatt, Gemeinwesenarbeit, die Gießener Tafel, Wohnungslosenarbeit oder die Schuldnerberatung. Die Synode verpflichtete sich, „das Thema der Armut in der Region Gießen im Blick zu behalten und sich regelmäßig zu den Entwicklungen Bericht erstatten zu lassen“.

Schwerpunkt der Tagung war die Beratung über eine Reform der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Den Gemeinden liegt zur Stellungnahme ein Entwurf für die veränderte Verfassung vor. Den lehnte die Dekanatssynode in der gegenwärtigen Form ab, weil er „Unklarheiten in sich trägt, die für eine kirchengesetzliche Grundlegung nicht akzeptabel sind“. Unter anderem sollen die Leitungsorgane in der Gesamtkirche neu strukturiert und Leitungsgremien neu definiert werden. Vorsitzender der Kirchenleitung der EKHN ist bislang ein Kirchenpräsident. Künftig solle ein Bischof Leitungsaufgaben wahrnehmen, weil das der Verständlichkeit in der Öffentlichkeit diene.